

**Gegenstand: Haushalte 2017 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen - Beschlussfassung**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Haushaltsrede der CDU-Stadtratsfraktion – Dr. Gottfried Jung:**

In seiner Haushaltsrede bezeichnet Herr Dr. Jung den Entwurf als maßvoll, um das Beste für die Bürgerinnen und Bürger herauszuholen. Die Hoheit über den Haushalt als wesentlichen Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung sieht er weitgehend fremdbestimmt und landesabhängig. Welche Folgen dies für die Kommunen in Rheinland-Pfalz hat, illustriert er am Unterschied des durchschnittlichen Schuldenstandes der Gemeinden in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Zu den Ursachen ständig wachsender Sozialausgaben verweist er auf den Kommunalbericht des Landesrechnungshofes. Außerdem thematisiert er das Gefälle zwischen Stadt und Land-Gemeinden. Schulsozialarbeit sei wichtig, geht aber überwiegend zu Lasten der Städte. Auch bei der Asylbewerberbetreuung bleiben rund 1/3 der Kosten an der Stadt hängen.

Die CDU-Fraktion stellt den **Antrag**, den Maßnahmenkatalog zum Kommunalen Investitionspaket 3.0 kontinuierlich zu überprüfen und weiterentwickeln.

Mit der Erhöhung der Grundsteuer trägt die Verwaltung den Forderungen der ADD Rechnung. Speyer, Neustadt und Zweibrücken bewegen sich am unteren Ende des Durchschnitts der Hebesätze bei den kreisfreien Städten. Die CDU wird dem zustimmen, verbunden aber mit der Forderung, bei der bevorstehenden Grundsteuerreform die Hebesätze zu überprüfen

Kommunale Kooperationen sind ebenfalls Thema seiner Rede. Die von einigen Fraktionen geforderte Beteiligung des Rhein-Pfalz-Kreises an der Schulbeförderung würde nach seiner Einschätzung als freiwillige Leistung von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen. Die Idee der Stadtkreise wurde von der Landesregierung nicht aufgegriffen, vielmehr müssen sich die kleineren Städte im Zuge der nächsten Stufe der Verwaltungsreform auf die Einkreisung vorbereiten.

Die vom OB angestoßene integrierte Stadtentwicklung ist mehrdimensional und umfasst Wohnstandort, Wirtschaftsstandort, Mobilität, Klimaschutz, kulturelle Vielfalt und andere Aspekte. Hier sieht er die Stadt gut aufgestellt, da nach einer Fokus-Untersuchung in Rheinland-Pfalz nur Koblenz, Mainz und ganz knapp Kaiserslautern vor Speyer rangieren. Hierzu sei aber die Rückendeckung des ganzen Rates notwendig.

Die Entwicklung eines Wohnraumkonzeptes ist auf Grund der Flächenbegrenzung Speyers, z.B. im Vergleich mit Landau, schwierig. Deshalb hofft die CDU auf einen baldigen Zugriff auf das Konversionsgelände Kurpfalzkasernen.

Weiter befasst sich seine Haushaltsrede mit Infrastrukturmaßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Speyer und der Stärkung des Handels als Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Schwerpunkte sind auch die Bereiche Fahrradstadt, Lastenumschlag auf die Rheinschifffahrt, ÖPNV samt S-Bahn-Halt Süd, eine Öffnung der Parkplätze des Amtsgerichts und des LBM nach Muster des Finanzamtes, der verspätete Ausbau der B 39 auf der badischen Rheinseite, die Nahversorgung in SP-Nord und im Vogelgesang, die Realisierung von Jugendräumen auf dem ehemaligen S/W-Gelände, die Entwicklung des Friedhofs und der Begräbniskultur, die Pflege von Grünflächen, die Aufwertung der Rheinpromenade, das Baugebiet Russenweiher und die Eröffnung des auf

Initiative der CDU eingerichteten Auwald-Lehrpfades. Ein großes Problem stellt auch der wilde Müll im Stadtgebiet dar, hier fordert die CDU eine Anti-Littering-Kampagne. Die Umsetzung des Projektes Speyer 100 % regenerativ sei schwierig aber wichtig. Zu den Aufgaben einer Stadt zählt er auch die Gesundheitsvorsorge und gesundes KiTa-Essen, bei dem Speyer mit dem DEG-Standard eine Vorreiterrolle spielt.

Abschließend zieht er in seiner 28. und letzten Haushaltsrede eine persönliche Bilanz zu seiner politischen Laufbahn. Demokratie lebt laut Sir Francis Bacon nicht vom Zuschauen sondern vom Mitmachen. Er wird auch weiterhin ehrenamtlich tätig sein, z.B. im Dombauverein, der Fujian-Gesellschaft und dem Aufsichtsrat der Stadtwerke. In einer Zeit gravierender gesellschaftlicher Umbrüche fordert er zum Zusammenhalt auf, anstatt Gräben zu ziehen.

### **Haushaltsrede der SPD-Stadtratsfraktion – Walter Feiniler:**

Herr Feiniler beginnt seine Rede mit einem launigen Zitat zur Wahrheit der Botschaft des Finanzministers, die Zahlen des Haushalts indes sind nicht lustig, aber die Wahrheit. Er sieht gesellschaftliche Umbrüche weltweit, die auch in Speyer zu Protestwählern bei der letzten Wahl führten. Für ihn ist in diesem Rat kein Platz für Parteien, die völkisch denken und Probleme nicht lösen wollen sondern diese regelrecht herbeisehen.

Er bezeichnet es als Kernstück des kommunalpolitischen Engagements, der Bevölkerung Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Ausdrücklich unterstreicht er die Entlastungen der Kreise und Gemeinden ab 2017 durch die aktuellen Bund-Länder-Verhandlungen. Diese Bemühungen solle man honorieren, wenngleich man nicht von einer soliden Finanzierung der Kommunen sprechen könne.

Für die SPD sind vordringliche Themen die Wohnraumschaffung und ein gesunder Mix in der Struktur der Wohngebiete. Dazu ist es aber notwendig, dass die Kommunen vorhandene Angebote auch annehmen. Die SPD tut sich schwer mit der Grundsteuererhöhung, die zwangsläufig auf die Mietnebenkosten durchschlagen werde. Speyer steht derzeit am unteren Ende der kreisfreien Städte, aber deutlich über dem Durchschnitt der Umlandgemeinden.

Mit Blick auf die demografischen Veränderungen muss bezahlbarer Wohnraum für junge Familien geschaffen werden. Tatsächlich sind die Mieten von 2010 bis 2014 um 11 % gestiegen. Er fordert, ein Programm für ein erweitertes Wohnangebot durch Verdichtung anzugehen; dabei dürften die Mieten höchstens 7 € m<sup>2</sup> betragen; die Nebenkostenmüssen durch energetische Sanierung gedämpft werden.

Bildung für alle bedeutet Chancengleichheit. Er sieht eine Armutsgefährdung für alleinerziehende Eltern und regt eine Kinderversorgung mit gutem KiTa-/Schulessen über eine städtische Stiftung an. Die SPD fordert, integrative Kindereinrichtungen auszubauen und Ganztagsangebote an Schulen für die Betreuung und nicht zur Verwahrung von Kindern einzurichten. Es wundert nicht, wenn keine Anträge auf ein Ganztagsangebot wegen der Bedingungen der Verwaltung gestellt werden. Man bräuchte nur die Mittel beim Land abfragen. Daher fordert die SPD die Einsetzung eines runden Tisches zu einem möglichen Ganztagsgymnasium. Nach wie vor vermisst wird die Verkehrsentwicklung für Schulwege. Er sieht Bildung als Faktor für die Wirtschaftsförderung.

Die SPD stellt den **Antrag**, eine Online-Plattform für Kindertagesstättenplätze – vergleichbar Trier – einzurichten.

Der Stellenplan 2017 mit hauptamtlichen Feuerwehrkräften und weiteren Betreuungskräften in den Kindertagesstätten findet ausdrückliche Unterstützung. Allerdings findet er nur eine Stelle im kommunalen Vollzugsdienst vor. Die Konsolidierung der vergangenen Jahre ging überwiegend zu Lasten der Mitarbeiter. Die „schwarze Null“ darf nicht immer die Leitlinie sein.

Die SPD hat bereits 2013 das Thema Friedhof in die Diskussion gebracht; auch er erkennt einen Wandel der Friedhofskultur. Ein sauberes Konzept benötigt aber auch ausreichendes Personal.

Hinsichtlich der Konversion sollte man die Planungen fortsetzen, um sich vorzubereiten zu können. Die Personalsituation bei Stadtgrün für die Grüngestaltung ist Thema. Die Fachausschüsse sollten sich mit dem Komplex ebenso befassen wie über die Sauberkeit im Stadtgebiet. Was im Dezernat jahrelang vernachlässigt wurde, kann durch die neue Dezernentin nicht in kurzer Zeit aufgearbeitet werden.

Beim Verkehr stößt die Stadt an ihre Grenzen. Ein Lieblingsthema der SPD ist der Frachturnschlag im Hafen; die Logistikzentren seien zur Nutzung einer kommunalen Hafeneinrichtung bereit. Weitere Themen sind Stadtteilentwicklung, Nahversorgung und der Erhalt der kulturellen Vielfalt; dabei sollten bestehende Angebote auch kritisch geprüft werden. Die SPD unterstützt die Stolpersteine, auch für politisch Verfolgte, und erinnert an die Diskussion 2007. Sie sieht sich im Widerspruch zu Parteien im Rat, welche die Stadt nur als Wirtschaftsunternehmen sehen und freiwillige Leistungen kürzen wollen. Gefordert ist eine aktive Bürgergesellschaft, die auch den subjektiven Sicherheitsbedürfnissen Rechnung trägt.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt mit Ausnahme des Flugplatzes zu.

Abschließend richtet er persönliche Dankesworte an den scheidenden Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion.

### **Haushaltsrede der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Irmgard Münch-Weinmann**

Frau Münch-Weinmann unterstreicht die Kapazität Speyers für grüne Ideen im Bereich Mobilität, ÖPNV samt S-Bahn-Haltepunkt Süd und Radfahrkonzept; hier hat sich seit einem Jahr zu wenig getan. Die Arbeitsgruppe sollte das Konzept mit allen Beteiligten umsetzen. Zudem sollte eine Satzung für Fahrradabstellplätze geschaffen werden. Auch dem Verkehrsentwicklungsplan VEP 2020 fehlt die Umsetzung. Der Durchgangsverkehr muss reduziert werden. Dazu werden Maßnahmen in der Gilgenstraße, Johannesstraße und eine Querungshilfe in der Bahnhofsstraße auf Höhe Jobcenter sowie die Entschleunigung des Autoverkehrs, vor allem nachts, vorgeschlagen.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für mehr Naturschutz und sprechen sich für einen Beitritt zum Netzwerk Biodiversität aus. Es werden transparentere Nachweise für ökologische Ausgleichsmaßnahmen gefordert; dabei ist mehr Qualität der Flächengröße vorzuziehen. Kritisch steht man zur Entwicklung der Tullastraße.

Zum Baumschutz fordern die Grünen eine qualitative Auswahl von Stadtbäumen anhand ökologischer Kennwerte. Die Fraktion stellt den **Antrag** zum Erlass einer Baumschutzsatzung. Daneben sollte die pflegeintensive Rasenfläche vor der Villa Ecarius in ein Wiesengrundstück umgewandelt werden.

Weiteres Grünen-Ziel ist die soziale Chancengleichheit. Im Verhältnis zu den höchsten Ausgaben im Haushalt werden viel zu wenige Sitzungen des Sozialausschusses anberaumt. Sie kritisiert, dass ein Antrag zur Arbeitsintegration für sozial benachteiligte Menschen mit der Stimme der SPD abgelehnt wurde. KiTa-Betreuung und Hort dürfen als Pflicht-/freiwillige Leistung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Speyer könnte die 3. Stadt im Land mit einer „Gesundheitskarte“ für Sozialhilfeberechtigte werden. Zur Verbesserung der Situation im Frauenhaus wird die Bildung einer Arbeitsgruppe gefordert.

Zur Halbzeit der Wahlperiode befasst sie sich mit der Zusammenarbeit Rat – Bürgerschaft. Positiv sind die Erfahrungen im Projekt SOR-SMC, bei dem sich viele Jugendliche engagieren; negativ sei, dass sich ein Ratsmitglied trotz Mitzeichnung in Karlsruhe anderslautend geäußert habe. Die große Koalition steht aus Sicht der Grünen für Notlösungen. So sei eine Folge, dass der ausgewählte Standort für die neue Feuerwache keine gute Entscheidung ist. Ebenso bei der Rettungswache – es ist nicht erkennbar, wohin die Reise geht. Es wurde angekündigt, die Kostenplanung vorzustellen, die Frage sei: wann. Auch bei der Trinkwassersicherung und der Zielsicherung regenerativer Energien fehlen die Perspektiven, so z.B. in der Altstadtsatzung. Selbst der Energieverbrauch der Verwaltung konnte nicht nennenswert gesenkt werden.

Strukturelle Probleme verhindern weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt. Bündnis 90/Die Grünen kritisieren das Verhalten der SWG, die jahrelang Mitverantwortung für die Schuldenpolitik der Stadt getragen hat. Die Fraktion stimmt dem Haushalt zu, mit Ausnahme der Ansätze für den Flugplatz und der Grundsteuererhöhung.

### **Haushaltsrede der SWG-Stadtratsfraktion – Sandra Selg**

Frau Selg erläutert an einem 5-Punkte-Referat, weshalb die SWG den Haushaltsentwurf 2017 ihre Zustimmung verweigern wird. Aus ihrer Sicht ist eine konsequente Haushaltsdisziplin zur Konsolidierung erforderlich. Ein Haushalt, der im Plan wieder nicht ausgeglichen ist, stellt einen Verstoß gegen § 94 GemO dar und ist aus ihrer Sicht rechtswidrig. Schon in den vergangenen Jahren gab es defizitäre Abschlüsse, z.T. in Höhe zweistelliger Millionenbeträge. Auch die Prognosen für die kommenden Jahre sehen hohe Fehlbeträge vor.

Ein ausgeglichener Haushalt sei wichtig, denn die Defizite von heute sind die Steuern von morgen. Sie wirft die Frage auf, wo das mit Steuern und Ausgaben mit Blick auf die Planzahlen enden soll. Es ist kein wirklicher Abbau der Liquiditätskredite erkennbar. Diese problematische Art der kurzzeitigen Überbrückung von Schulden wird in Speyer seit Jahren missbräuchlich genutzt und ohne Vermögensdeckung eingesetzt. Frau Selg warnt vor dem Risiko steigender Zinsen. Eine Eindämmung der Liquiditätskredite ist für sie nicht erkennbar, weil vieles aus dem Cashpool mit den SWS und der GEWO finanziert wird, was den Liquiditätskrediten zugerechnet werden muss.

Zur Haushaltsrede des Oberbürgermeisters merkt sie an, dass die Aufwendungen für die Asylbegehrenden im Haushalt 2017 positiv zu Buche schlagen und deshalb nicht als Begründung für das Haushaltsdefizit herangezogen werden können. Während dort die Pro-Kopf-Verschuldung als „moderat“ bezeichnet wird, weist Frau Selg auf 39 Städte ohne Liquiditätskredite hin und fordert, sich an den Besten zu messen nicht an den Schlechtesten. Die Pflicht zum Haushaltsausgleich gehe allen anderen kommunalen Aufgaben vor. Sie hinterfragt, wie es Neustadt, das im Ranking deutlich vor Speyer liege, schafft, die Schulden zurückzuführen und kommt zum Ergebnis: über ein konsequentes Haushaltskonsolidierungskonzept mit 5 Meilensteinen und konkreten Maßnahmen zur Umsetzung.

Dazu gehört auch eine konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips, z.B. bei der Finanzierung der Schulträgeraufgaben durch eine angemessene Beteiligung der Nachbarkommunen. Während Speyer mit 50.000 Einwohnern 5 Gymnasien mit rund 4.000 Schülern vorhalte, betreibe der Rhein-Pfalz-Kreis mit seinen 150.000 Einwohnern lediglich 2 Gymnasien für 1.900 Schüler. Über 2.000 Schüler aus dem Kreis pendeln nach Speyer.

Zudem kann nicht alles, was wünschenswert ist, auch realisiert werden. In den vergangenen zwei Stunden habe sie viele Wünsche gehört, die Frage bleibe aber offen, wer das finanzieren soll. Freiwillige Leistungen, die in einem ungünstigen Kosten-/Nutzenverhältnis stehen, dürfen aus ihrer Sicht nicht realisiert oder müssen sogar eingestellt werden. Dazu gehören u.a. der S-Bahn-Halt Süd, das Lesegärtchen und die Buslinie zum Cura-Center. Andere Beispiele aus der Vergangenheit seien die Renaturierung des Woogbachtals, das Stadtmarketingkonzept,

diverse Verkehrskonzepte, das Nextbike-Fahrrad-Programm und andere. Beim gegenwärtigen Tempo wird die Eigenkapitalquote durch die Haushaltsdefizite bis 2020 aufgezehrt sein; danach sei die Stadt überschuldet. Sie rechnet dem Rat für 2017 eine tägliche Zinszahlung über 21.000 € für die Schuldenlast vor.

Die SWG wird einem gesetzeswidrigen Haushalt daher nicht zuzustimmen. Außerdem wird sie in die nächste Ratssitzung einen Antrag einbringen, der zu einem dauerhaften Haushaltsausgleich verpflichtet.

### **Haushaltsrede der BGS-Stadtratsfraktion – Claus Ableiter**

Einleitend auf die Abschiedsrede von Herrn Dr. Jung Bezug nehmend, stellt Herr Ableiter fest, dass man im Verhältnis zum Flugplatz schon zwischen JU und CDU-Fraktion „aneinander gescheitert“ sei.

Die BGS wendet sich jedes Jahr gegen die Weißwäscherei des Haushalts, insoweit sei der vorherige SWG-Beitrag die beste Haushaltsrede seit 10 Jahren gewesen. Neustadt habe über Jahre eine konsequente Konsolidierung und sich damit etwas mehr finanzielle Luft geschafft. Dabei gehen auch in Speyer längst nicht alle freiwilligen Leistungen an Vereine oder die Bürgerschaft. Lasten wie die Schulträgerschaft gehen schnell in die Millionen. Wenn das Land sich in der Schulpolitik nicht bewege, fordert er, die Zulassungszahlen für Schülerinnen und Schüler aus dem Rhein-Pfalz-Kreis an den Gymnasien zu begrenzen, bzw. im Gegenzug eine finanzielle Beteiligung zu leisten.

Zudem seien kleinräumige Strukturen wie in Rheinland-Pfalz z.B. in den gern als Positivbeispiele zitierten Ländern Baden-Württemberg oder Bayern völlig undenkbar; in all den Jahren der Rhetorik sei kein einziger wirklicher Schritt zu einem Zusammenschluss angegangen worden. Er spricht sich für große Verwaltungseinheiten mit einer effektiven Verwaltung aus.

Weiterhin hinterfragt er die richtige Prioritätensetzung im Haushalt am Beispiel der freiwilligen Leistung Frauenhaus: es gibt keine Freifläche für Kinder zum Spielen; die beengte Situation in Speyer sollte nur für eine Übergangsphase gelten, welche inzwischen zum Dauerzustand geworden ist. Da gebe es im Rat eine christliche und eine sozialdemokratische Fraktion, die es nicht schaffen, aus dem städtischen Vermögen oder durch die GEWO einen menschenwürdigen Wohnraum zu ermöglichen.

Er spricht von einem extremen Verkehr in Speyer. Die zusätzliche Wohnverdichtung und der Druck aus den Umlandgemeinden täten ein Übriges dazu. Er fragt, wie viele Besucher man mit dem Stadtmarketing noch anlocken wolle. Die aus seiner Sicht einzige Lösung sei eine Stärkung des ÖPNV; die bereits vorhandenen S-Bahn-Haltestellen in Speyer hätten inzwischen eine doppelt so hohe Auslastung wie ursprünglich kalkuliert, weshalb die BGS im Gegensatz zur SWG den S-Bahn-Halt Süd befürworte. Wiederholt habe er auch gefordert, die Elektromobilität stärker zu fördern.

Hinsichtlich des Feuerwehrkonzepts befürwortet er, eine Ergänzungswache in SP-Nord zu schaffen, um die bestehenden Defizite in der Versorgung rasch zu beseitigen. In diesem Zusammenhang kritisiert er, dass Geld für eine Vielzahl von Projekten ausgegeben wurde und wird, welche die BGS abgelehnt hat und im Gegensatz zu den genannten Dingen nachrangig sieht. Er kritisiert auch, dass für Förderprogramme keine entsprechenden Konzepte in der Schublade vorgehalten werden, auch wenn man sie momentan nicht realisieren könne. Von den vielen schönen Vorhaben des Kommunalen Investitionsprogrammes wurde bisher kein einziges umgesetzt. Dies betrachtet er als verlorene Zeit, auch für die Energiesparbemühungen der Stadt, welche sich in kurzer Zeit selbst refinanzieren würden; ein Beispiel wäre auch der Einsatz neuer stromsparender PCs in der Verwaltung. Begrüßt wird ausdrücklich der Einsatz der SWS im Bereich Windkraft, eine Solarinitiative jedoch ist nicht erkennbar.

Abschließend befasst er sich mit dem Thema Nahversorgung in SP-Nord; ein entsprechendes Angebot würde tausende Autofahrten quer durch die Stadt vermeiden.

### **Haushaltsrede der Stadtratsfraktion Die Linke – Wolfgang Förster**

Nach Auffassung der Linken liegt die Selbstverwaltung der Kommune am Boden.

„Sparen“ im Sinne der Verwaltung bedeutet: Investitionsstau - bei Schulen, Brücken und der Verbesserung des ÖPNV. Aus Sicht der Fraktion Die Linke haben sich Kommunen nicht an der allgemein grassierenden Profitmaximierung zu beteiligen. Die sicher notwendige Haushaltskonsolidierung darf nicht die Investitionstätigkeit der Kommunen behindern; dies sei auch Meinung der Expertenkommission.

Die geplante Grundsteuererhöhung wird abgelehnt, weil diese sofort auf die Mieten umgelegt wird und zu Lasten Geringverdienender geht.

Herr Förster sieht den Wirtschaftsstandort durch schlechte Bildungssysteme, marode Verkehrsinfrastruktur etc. gefährdet. Stattdessen werden verzichtbare Infrastruktureinrichtungen wie der Flugplatz durch die Stadt mitfinanziert.

Er attestiert dem Oberbürgermeister in einem Arbeitszeugnis, dieser habe sich „allzeit bemüht in Haushaltsfragen“. Damit hätte er bei einer Neubesetzung der Stelle auf dem freien Markt keine Chance. Die Fraktion Die Linke sieht eine Investition in städtische Mitarbeiter besser angelegt als für irgendwelche fragwürdigen Gutachter und selbst ernannte Spezialisten, die viel Geld kosten und geringe Effekte zeigen.

Daneben fordert die Fraktion Die Linke eine flächendeckende 30er Zone im Stadtgebiet, einen zusätzlichen S-Bahn-Halt Süd, wenn auch an anderer Stelle, einen schnellen Notfalldienst und den Einsatz von Stolpersteinen in der Erinnerungskultur.

Die Fraktion Die Linke lehnt den Haushaltsentwurf ab.

### **Haushaltsrede des FDP-Stadtratsmitglieds – Dennis Peterhans**

Die FDP stellt fest, dass alle Jahre wieder der Haushalt der Stadt zerpfückt wird. Was bleibt, ist das große Defizit, das noch weiter anzusteigen scheint. Herr Peterhans fordert, angesichts solcher Zahlen nicht zu resignieren. Das Sisyphus-Bild aus der Haushaltsrede des OB dagegen klingt eher nach Resignation und gilt gemeinhin als Synonym für sinnlose Arbeit.

Herr Peterhans erkennt strukturelle Probleme in der Kommunalfinanzierung. Auch die Flüchtlingsbetreuung stellt nach wie vor eine gewaltige Aufgabe dar.

In den Liquiditätskrediten des städtischen Haushalts sieht er eine Verschleierung der wirklichen Situation. Die Eigenkapitalquote schmilzt dramatisch ab. Er fragt, wo der Aktionsplan bleibt, denn für die FDP gilt „Gestalten statt Verwalten“ als Devise.

Er will aber auch hausgemachte Probleme und Fehler ansprechen, z.B. das Desaster um die Findung des Stadtlogos. Der Puls der Stadt will bei solchen Angelegenheiten gefühlt werden. Der Blick auf die fehlende Mittelanmeldung beim S-Bahn-Halt zeigt die Unkalkulierbarkeit des Projekts, weshalb die FDP dies ablehnt.

Externe Gutachten sollten aus seiner Sicht nur beauftragt werden, wenn der Sachverstand der Verwaltungsmitarbeiter dafür nicht ausreichen sollte; außerdem wird eine konsequente Umsetzung gefordert, da Gutachten sonst nur ein nutzloser Kostenfaktor seien.

Weiterhin spricht sich die FDP pro Wirtschaftsgymnasium und Ganztagsgymnasium aus. Bildung ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe und eine Investition in die Zukunft. Während die Wirtschaftsförderung neue Fahrt aufgenommen zu haben scheint und positiv bewertet wird, ist kein roter Faden zur Haushaltskonsolidierung erkennbar.

Die FDP fordert einen Aktionsplan „Speyer 100 % handlungsfähig“ bis 2030 und lehnt den Haushalt ab.

### **Haushaltsrede des FWS-Stadtratsmitglieds – Dr. Reinhard Mohler**

In Anspielung auf die Rede von Herrn Ableiter und den Verkehrsdruck mahnt Herr Dr. Mohler zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Die Erfolge der Haushaltskonsolidierung anderer Kommunen wurden bereits erwähnt. Der Inhalt des Titanenwerks Haushalt sei wenig erfreulich. Die vorgesehene Grundsteuererhöhung war innerhalb der Partei nicht unumstritten, angesichts der desaströsen Haushaltslage seien Steuererhöhungen aber kaum vermeidbar. Diese Maßnahme wird die Miethöhen noch verschärfen und zur weiteren Abwanderung von mittleren und kleinen Einkommen führen. Die Wohnungsbaugesellschaften GEWO, GBS müssen dran bleiben, diesen Trend umzukehren, der Folge der Politik der Luxuswohnungen in den vergangenen Jahren sei.

Kritisiert werden auch teure Konzepte wie Stadtmarketing und Radwegekonzept – Speyer sollte man aus Sicht der FWS nicht unbedingt rein als Fahrradstadt konzipieren. Wegen der kurzen Wege in/zur Innenstadt und der demografischen Entwicklung sollte ein Fußgängerkonzept nicht ausgeklammert werden.

Speyer verdient das Prädikat: Stadt des Lärms, eingekesselt von Verkehrsadern. Die FWS fordert Lärmschutzwände wie in der Schweiz. Die Stadtführung hat bisher wenig dazu beigetragen, den Verkehrslärm zu vermindern, sondern diesen durch den Flugplatzausbau eher noch verschlimmert. Verursacht wird dieser häufig durch nicht eingehaltene Geschwindigkeiten. Nette Hinweistafeln haben da wenig Wirkung. Diese werde nur durch stationäre oder mobile Geschwindigkeitskontrollen erreicht, wie an Beispielen anderer Städte dokumentiert wird. Dies dürfe nicht als Maßnahme zum Abkassieren von Autofahrern sondern für Umwelt und Verkehrssicherheit verstanden werden.

Die Maßnahmen der Stadt zur Pflege öffentlicher Flächen und gegen die enorme Vermüllung haben nur temporär Wirkung gezeigt. Herr Dr. Mohler sieht hier ein organisatorisches Versagen der zuständigen Verwaltungsstelle, weniger personelle Probleme.

Gemeinschaftliches Wohnen, in anderen Städten längst erfolgreich, ist in Speyer infolge eines ungeeigneten Geländes und der völlig unzulänglichen Betreuung durch städtische Mitarbeiter gescheitert. Hinsichtlich einer nachhaltigen Stadtplanung hat die FWS immer und immer wieder die Einrichtung eines Gestaltungs- und Planungsbeirates gefordert. Stattdessen wird der Stadtentwickler zusätzlich mit der Geschäftsführung der FSG GmbH belastet.

Er skizziert umfassend das Gefahren- und Lärmpotenzial des Speyerer Flugplatzes aus Sicht der FWS und spricht von rücksichtsloser Klientelpolitik der Koalitionäre. In Speyer gelte: „der liebe Gott weiß alles, unser OB weiß alles besser“.

Weiterhin wird Kritik an beauftragten Gutachten und Marketingprojekten, an Baumaßnahmen wie der Sankt-Guido-Stifts-Platz sowie an der aufgeblähten Personalausstattung in bestimmten Bereichen geübt. So gebe es jetzt bereits über 14 Stellen im Bereich Stadtmarketing, Kommunikation und Kultur. Dem Konstrukt einer angekündigten Tourismus GmbH mit weiteren Kosten wird die FWS ihre Zustimmung verweigern.

Generell lehnt die FWS den in zentralen Bereich nicht sinnvollen und sogar gefährlichen Haushalt ab.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 11 Gegenstimmen: SWG-Fraktion, BGS-Fraktion, Fraktion Die Linke, FDP-Ratsmitglied, FWS-Ratsmitglied) die von der Verwaltung vorgelegten Haushalte der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung, einschließlich des modifizierten Stellenplans, des Wirtschaftsplans der EBS und des Forstwirtschaftsplans.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geben zu Protokoll, dass sie den Teilen des Haushalts, die dem Verkehrslandeplatz Speyer betreffen, nicht zustimmen. Bündnis 90/Die Grünen lehnen zudem die Grundsteuererhöhung ab.



26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand: Nahversorgung in Speyer-Nord;  
Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 22.11.2016  
Vorlage: 2079/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Laut Vorsitzendem handelt es sich um einen Antrag der BGS-Fraktion zur Aufhebung der Priorisierung, die vom Bau- und Planungsausschuss ausgesprochen wurde. Daher sieht er das Erfordernis einer unmittelbaren Verweisung in den Fachausschuss, ohne vorherige Aussprache im Rat. Dort soll auch das Ergebnis der Informellen Gespräche mit der SGD Süd im Zusammenhang mit der Bauhaus-Diskussion eingearbeitet und zu einer Beschlussempfehlung zusammengefasst werden.

Aus Sicht von Herrn C. Ableiter braucht der Stadtteil unabhängig von der Diskussion um das Bauhaus drei Versorgungsstandorte. Als Kompromiss könnte sich die Fraktion eventuell vorstellen, den Punkt auf die nächste Ratssitzung zu nehmen, um dort dann diskutieren zu können. Es muss vermieden werden, den Antrag unbesprochen in einem Ausschuss verschwinden zu lassen.

Der Vorsitzende wiederholt, dass im Dezember 2015 ein Priorisierungsbeschluss des Bau- und Planungsausschusses für das Bauhaus gefasst wurde. Formell sind daher die Verweisung und eine fachliche Vorbefassung im Fachausschuss zeitlich vor dem Stadtrat richtig.

Herr Ableiter besteht darauf, dass der Punkt nach dem Bau- und Planungsausschuss wieder in den Rat kommt.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig eine Verweisung zur Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: Gesundheitskarte Asyl;  
Prüfantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 02.12.2016  
Vorlage: 2084/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende spricht sich, anstelle einer allgemeinen Vorab-Diskussion um eine solche Karte in der heutigen Ratssitzung, für eine Verweisung in den Fachausschuss zur Klärung konkreter Fragen aus.

Frau Münch-Weinmann zeigt sich mit einer solchen Entscheidung grundsätzlich einverstanden, kritisiert aber, dass der Sozialausschuss insgesamt zu wenig tages. Daher ist eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses erforderlich, z.B. im Februar; eine Befassung mit dem Thema erst im April sei zu spät. Bei der Ausschusssitzung könnten auch die Ergebnisse der beiden Städte vorgestellt werden.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig eine Verweisung zur Vorberatung im Sozialausschuss.

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit eines weiteren Sitzungstermins zu Anfang des Jahres 2017.

**Gegenstand: Erinnerungskultur;  
Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, SWG,  
B90/Grüne und BGS  
Vorlage: 2085/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Jung begrüßt die anwesenden Stadtführerinnen, welche die Initiative ergriffen und zu einer Veranstaltung in die Heiliggeistkirche eingeladen hatten, die sehr großen Zuspruch fand. In der Vergangenheit wurde das Thema kontrovers diskutiert, weil Erinnerungskultur zu sehr eindimensional auf die Verlegung von Stolpersteinen fokussiert war. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Aspekten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit, z.B. den Gedenkstein am Ort der früheren und die neue Synagoge am Sankt-Guido-Stifts-Platz. Daher unterstreicht er heute die Zustimmung der CDU zur Verlegung von Stolpersteinen an geeigneten Stellen.

Herr Feiniler betont, dass die SPD schon 2007 die Verlegung von Stolpersteinen beantragt hatte. Während sich der Gedenkstein an der Synagoge nur den Opfern der Shoah in Speyer widmet, markieren Stolpersteine auch die Wohnstätten politisch Verfolgter des Nationalsozialismus.

Laut Vorsitzendem geht die gemeinsame Initiative weit über das bloße Verlegen der Stolpersteine hinaus; sie soll auch eine generelle Aufarbeitung der Zeit zwischen 1933-45 durch die Abteilung Kulturelles Erbe umfassen.

Dass die Fraktion Die Linke nicht auf dem Vorlagenpapier erscheine, basiert laut Herrn Popescu lediglich auf einem Kommunikationsproblem; natürlich unterstütze Die Linke diese Initiative, die aus dem Abgleich von Namenslisten bei der Arbeit am Stadtmarketing als Idee entstanden sei. In diesem Zusammenhang sieht er aber auch die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Personen, die damals als verlängerter Arm des Systems gedient haben, z.B. dem damaligen OB Karl Leilling, nach dem bis heute eine Straße benannt sei.

Erinnerungskultur war der BGS nach Herrn C. Ableiter schon immer wichtig. Auch in idyllischer Umgebung können sich fürchterliche Dinge ereignen. Stolpersteine im Straßenbild markieren eine Personalisierung der Dinge, die damals geschehen sind, anders als ein anonymes Denkmal.

Herr Peterhans erklärt, die FDP habe bis zuletzt innerparteilich diskutiert. Er selbst kennt das Projekt aus Wiesbaden. Die unerwartete Konfrontation mit Namen und Daten stimmt immer wieder nachdenklich.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Speyer beauftragt die Verwaltung einstimmig, die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Speyer zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

---

**Gegenstand: Wirtschaftsplan der Entsorgungsbetriebe Speyer 2017**  
**Vorlage: 2055/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Wirtschaftsplan der EBS als Bestandteil des Haushalts verabschiedet wurde. Die Vorlage diene lediglich der Kenntnisnahme und der Information aller Ratsmitglieder.

Eine gesonderte Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

---

**Gegenstand: Zweckvereinbarung Bioabfallumladung Nord (BAUN)**  
**Vorlage: 2058/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Werkausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, dem Abschluss der Zweckvereinbarung mit den Gesellschaftern der GML (ohne Stadt Mannheim und ZAK) auf Grundlage des Beschlusses des GML-Aufsichtsrates vom 16.09.2016 zuzustimmen und die Dezernentin zu ermächtigen, die Zweckvereinbarung abzuschließen.

**Gegenstand: Satzungsänderung Abfallgebühren**  
**Vorlage: 2060/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Schütt gibt zu Protokoll, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch im Ausschuss gegen die Erhöhung gestimmt hat, weil es sich im vorliegenden Fall um einen Paradigmenwechsel handelt. Es wird eine neue Gebühr ohne entsprechendes Abfallwirtschaftskonzept eingeführt.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Werkausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich die folgende Satzungsänderung (bei 7 Gegenstimmen: Fraktion B90/Grüne, Fraktion Die Linke, FWS-Ratsmitglied):

**Abfallgebührensatzung**

Satzung vom xx.xx.2016 zur Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) vom 23.05.2003

Der Stadtrat der Stadt Speyer hat am 25.06.2009, aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) – BS 2020-1; letzte berücksichtigte Änderung: §§ 17, 17a, 35, 46, 80 und 97 geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 477). Landesverordnung zur Durchführung der Gemeindeordnung (GemODVO) vom 21. Februar 1974 (GVBl. S. 98), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Landesverordnung vom 06. November 2009 (GVBl. S. 379) Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Gemeindeordnung (GemO-VV) vom 3. Mai 1979 (MinBl. S. 179), zuletzt geändert durch Rundschreiben des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur vom 31. März 2014 (MinBl. S. 39)

der §§ 1, 2, 3, 7, 8, 9, 13 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175) – BS 610 – 10 – Inhaltsübersicht sowie §§ 1, 3, 6, 7 und 12 geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 472)

in Verbindung mit § 5 Abs. 2 des Landeskreislaufwirtschaftsgesetz-Rheinland-Pfalz (LKrWG) vom 22. November 2013 (GVBl. Nr. 18 vom 29.11.2013 S. 459) folgende Satzung beschlossen:

**Artikel 1**

§ 6 Gebühren bei der Anlieferung zu den Abfallentsorgungsanlagen

Abs. 1 Sperrmüll-Kleinmengen, zu ergänzen: bis 200 kg

2,00 €

zu streichen: (Kofferraum, kein Restmüll)

**Artikel 2**

Diese Satzung tritt zum 01.04.2017 in Kraft

Speyer, den xx.12.2016

gez. Hansjörg Eger  
Oberbürgermeister

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

---

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Speyer mbH (WES) und Ergebnisverwendung**  
**Vorlage: 2083/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (WES) vom 07.12.2016 nimmt der Stadtrat den Jahresabschluss 2015 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 – 31.12.2015 wird wie folgt festgestellt:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2015 779.689,15 €

Die Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 schließt mit einem Jahresfehlbedarf von 5.678,83 € ab.

Der Jahresfehlbedarf in Höhe von 5.678,83 € wird auf das neue Rechnungsjahr vorgetragen.

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**  
**Vorlage: 2086/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1.) Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

<b>Gremium:</b>	<b>Mitglied:</b>	<b>Stellvertreter:</b>
Jugendhilfeausschuss (12.):	<i>unverändert</i> ( <i>Gudrun Weber</i> )	<b>neu:</b> Lukas Lambert St.-Klara-Kloster-Weg 90a <b>für:</b> Sabine Stepp



26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**  
**Vorlage: 2087/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

---

**Gegenstand: Verabschiedung ausscheidender Ratsmitglieder;  
Dr. Gottfried Jung (CDU)**

Der Vorsitzende verabschiedet Herrn Dr. Jung nach 42 Jahren ununterbrochener Mitgliedschaft im Speyerer Stadtrat, lange Jahre davon als Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion. Er unterstreicht die konstruktive, sachorientierte Arbeit in der Kommunalpolitik und gibt einen Überblick über die vielen Untergremien, in denen Herr Dr. Jung in den Jahren aktiv war.

Der Vorsitzende überreicht Herrn Dr. Jung unter langanhaltendem Applaus aller Ratsmitglieder zum Abschied die Gedenkmedaille „800 Jahre Bürgerschaftliche Selbstverwaltung“ in Silber und ein Ruländerpräsent.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.1

---

**Gegenstand: Zinsderivate der Stadt Speyer**

Der Stadtrat nimmt die jährlichen Informationen zustimmend zur Kenntnis.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.2

---

**Gegenstand:** Investiver Finanzhaushalt 2016 der Waisenhausstiftung;  
außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO  
bei HHSt. 02/36301.1323200 – Ausleihungen an den öffentlichen  
Bereich /Gemeinden und Gemeindeverbände / Laufzeit von mehr als  
fünf Jahren

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 3.000.000 € bei HHSt. 02/36301.1323200.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13.1

---

**Gegenstand: Verkauf des Erbbaurechtsgrundstücks „Sanddornweg 36“,  
Flurstücks-Nr. 5612/482**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Vorgang zunächst zurückgestellt wird.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14.1

---

**Gegenstand:** Vereinbarung über die Preisanpassung der Zweckvereinbarung mit der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK)

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der beigefügten Vereinbarung mit der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) einstimmig zu.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

---

**Gegenstand: Verschiedenes**

Unter Verschiedenes liegen keine Punkte vor.

26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 15.12.2016



26. Sitzung des Stadtrates 15.12.2016 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!